



Verringern statt verschieben

Volkhard Paczulla zur neuen Abwasserpolitik der CDU.

Es ist erneut der Druck der Straße, der die Thüringer Regierungspartei CDU zum Überdenken ihrer Wasser/Abwasser-Politik bringt.

25 000 Unterschriften für ein Volksbegehren signalisieren, dass etwas nicht stimmt und verändert werden muss, räumt Fraktionschef [Mike Mohring](#) ein. So viel Selbstkritik ist bei ihm selten. Doch wie es aussieht, will er nicht den alten Fehler von 2004 wiederholen, als die Wasserbeiträge mit einem Federstrich abgeschafft wurden. Gut so, auch wenn das den Wünschen von [Frank Kuschel](#) (Linke) und dem keimenden Volksbegehren widerspricht. Denn einen Verzicht auch auf Abwasserbeiträge könnte die Landeskasse nicht mehr stemmen. Also will die CDU die Kosten strecken und verringern, statt sie wieder nur zu verschieben. Ohne großartige Gesetzesänderung. Man muss den Vollzugs- und Aufsichtsbehörden nur erklären, dass sie nicht päpstlicher sein müssen als der Papst. Solange EU- und Bundesrecht eingehalten wird. In Brüssel hatte auch niemand ernsthaft geglaubt, dass bis 2015 in Bächen, Flüssen und Seen wieder alles schwimmen und zappeln wird wie vor der Industrialisierung Europas.

Ist die Gewässergüte akzeptabel, muss Thüringen nicht gleich nach der Eins mit Sternchen greifen. Etwas früher hätte diese Einsicht viel Ärger und noch mehr Geld gespart.

Volkhard Paczulla / 24.11.11 / OTZ